

...eine kleine kommunale Demokratie-Statistik...

Die „Mehrheitsfraktionen“ (die für das jetzt unnötige Grundstücksgeschäft stimmten) **wurden gewählt von ca. 46% der Wahlbevölkerung Bad Münstereifels**

(ca. 74% der abgegebenen Stimmen bei 62,2 % Wahlbeteiligung Kommunalwahl, dabei ist die eine abweichende Stimme der Grünen und die eine abweichende Stimme der UWV berücksichtigt)

Der noch amtierende Bürgermeister wurde gewählt von ca. 37,7 % der wahlberechtigten Bad Münstereifeler Bürger (59.9 % der abgegebenen Stimmen bei angenommener Wahlbeteiligung von ca. 63% der Wahlberechtigten)

Die Mehrheit der Wahlberechtigten hat also entweder geschwiegen oder wurde überstimmt.

Jede Stadtspitze und Ratsmehrheit **hat zunächst eine Verpflichtung gegenüber allen Bürgern**, egal mit welchen Prozentsätzen sie ins Amt gewählt wurde.

Dies gilt umso mehr, als wir ja nie konkrete politische Projekte, sondern nur Personen oder Parteien wählen können, die danach die volle Freiheit haben zu tun, was ihnen beliebt.

Unsere Frage an alle Bürgerinnen und Bürger:

Verpflichtet aber eine relativ dünne demokratische Rechtfertigung

(immerhin weit weniger als 50% der Wahlberechtigten wählten den Bürgermeister)

nicht erst recht zu einem modernen demokratischen Verhalten, welches abweichende Meinungen in Stadtrat und Bürgerschaft respektiert und in einen Dialog-Prozess einbindet ?

Nun – hier die Antwort der Bad Münstereifeler Wirklichkeit:

Bürger / IG Stadtentwicklung	-	Stadt- und Verwaltungsspitze
50 Fragen wurden von Bürgern gestellt	-	Genau Null von der Stadt beantwortet
Ein Dutzend Gesprächsangebote gemacht	-	Genau Null Gespräche angeboten
Dutzende von Argumenten vorgetragen	-	Genau Null dieser Argumente beantwortet
Ein Bürger-Begehren eingeleitet, wie es die Verfassung von Bund und Land sowie die Gemeindeordnung NRW vorsieht.	-	Ein Bürger-Begehren wie gesetzlich vorgeschrieben beraten und anschließend „unterlaufen“, d.h. durch „Verkauf“ der kommunalen Grundstücke unwirksam gemacht.

Einen Eilantrag bei Gericht gestellt, um das Grundstücksgeschäft zu verhindern, weil auch ohne dieses rechtzeitig Parkplätze gebaut werden konnten.

- Dieser wurde durch falsche Behauptungen der angeblichen Notwendigkeit eines sofortigen „Grundstücksverkaufes“ für den rechtzeitigen Parkplatzbau abgewehrt.

Ein Kompromissvorschlag gemacht, der mehr als 50% des Ratsbeschlusses akzeptiert und eher durchführbar ist als der Ratsbeschluss vom 19.3. selbst

- Dieser wurde nie beantwortet. Stadtspitze und Kämmerer weigerten sich bis heute, zu den Berechnungen Stellungen zu nehmen.

Von der gegen engagierte Bürger gerichteten Ausgrenzungs-, Verhöhnungs- und Diffamierungs- und Hetzkampagne durch den Stadtverband einer Partei schweigen wir hier besser, weil diese weder christlich, noch demokratisch war. Wenn die Väter der Verfassung einschließlich aller auf Landes und Bundesebene beteiligten CDU-Politiker diese lokale Kampagne wahrgenommen hätten, wäre sie ihnen sicherlich nur noch peinlich gewesen.

Verstärkt durch ein vom Investor persönlich verfasstes Schreiben, welches die IG fadenscheinig zum Sündenbock investoren-eigener zeitlicher Versäumnisse zu machen versuchte und von vielen Geschäftsleuten der Kernstadt kritiklos unterschrieben wurde, entstand ein Klima, in dem in der Kernstadt ansässige Mitglieder der IG Stadtentwicklung sogar Droh- und Schmähanrufe erhielten. **Dieses Klima mit geschaffen zu haben werden die oben Genannten sicherlich weit von sich weisen, auch wenn es offensichtlich der Wahrheit entspricht.**

Nun – spannend wird auch, wie die Wahlbürger der Stadt bei den nächsten Kommunalwahlen 2014 und bei der nächsten Bürgermeisterwahl reagieren werden.

Wie viel Prozent der Wahlberechtigten werden überhaupt wählen gehen?

Wie viel davon werden dann welche Parteien wählen ?

Welche Parteien werden zur Kommunalwahl antreten ?

Welcher Bürgermeister-Kandidat welcher Parteien wird mit wie viel „Vorsprung“ gewählt werden ?

Wir denken, dass viele Wahlbürger diese aktuellen Ereignisse rund ums Fashion-Outlet, die sich ja noch lange weiter entwickeln werden, zu einem wesentlichen Kriterium ihrer Wahlentscheidung machen werden.

Wir sind gespannt, welche Konsequenzen sich ergeben werden.

Bad Münstereifel, den 11.4.2013

IG Stadtentwicklung